

fe für das Delikt der Verunglimpfung der Person des Propheten Muhammad einzuführen. Anfang Juli 1992 wurde ein entsprechendes Gesetz trotz zahlreicher Proteste, auch aus der katholischen Kirche Pakistans, beschlossen. Damit wird die alte Regelung, die immerhin auch schon eine lebenslängliche Haftstrafe vorsah, entscheidend verschärft. Schon vor der endgültigen Verabschiedung der Bestimmungen des Sharia-Gesetzes hatten sich katholische und protestantische Bischöfe im Dezember 1990 mit einem Brief an den Ministerpräsidenten Sharif darüber beklagt, daß die Sharia damit zu einem Instrument gemacht werde,

das über der pakistanischen Verfassung stehe und die verfassungsmäßig zugesicherten Rechte der ethnischen und religiösen Minderheiten trotz anderslautender Bestimmungen de facto aufhebe oder aushöhle. Es sind aber nicht nur Angehörige der Minderheiten, die gegen die Einführung der Sharia-Gesetzgebung protestiert haben. Viele Ärzte in Pakistan weigern sich, die von der Sharia vorgeschriebenen Amputationen vorzunehmen, weil sie nicht Hilfeleistung zu staatlich verordneten Verstümmelungen leisten wollen, die ihrem Verständnis der Ethik des Arztberufes zuwiderlaufen. *Georg Evers*

Kurzinformationen

Der „Weltkatechismus“ wurde am 25. Juni von Johannes Paul II. approbiert

Der von der Sondersynode Ende 1985 (vgl. HK, Februar 1986, 62) angeregte „Weltkatechismus“ ist fertiggestellt, wird aber erst in einigen Monaten veröffentlicht. Am 25. Juni approbierte Johannes Paul II. den „Katechismus der katholischen Kirche“ (so der offizielle Titel), der in fünfjähriger Arbeit von einer Kommission unter dem Vorsitz von Kardinal *Joseph Ratzinger*, dem Präfekten der Glaubenskongregation, und einem Redaktionskomitee erstellt wurde. Ein vorläufiger Text des Katechismus war Ende 1989 allen Bischöfen der Weltkirche zur Stellungnahme übersandt worden (vgl. HK, Mai 1990, 237); diese Konsultation erbrachte fast 1000 Reaktionen mit insgesamt 24 000 einzelnen Änderungsvorschlägen. Der Katechismus wurde vom Papst in der *französischen Fassung* approbiert; Übersetzungen in andere Sprachen sind in Arbeit. Nach Fertigstellung der Übersetzungen soll das Werk veröffentlicht werden. Der „Katechismus der katholischen Kirche“ ist in erster Linie für die *Bischöfe* bestimmt und soll als Bezugsgröße für künftige nationale oder regionale Katechismen dienen. Das Werk ist nach dem traditionellen Katechismusschema aufgebaut und behandelt gleichermaßen die Glaubens- wie die Sittenlehre der katholischen Kirche. Die Ausführungen zu den einzelnen Punkten sind durchweg knapp gehalten und stützen sich durchgängig auf die einschlägigen Texte der Schrift, der Tradition und des Lehramts. Der erste Teil des Katechismus enthält die Glaubenslehre anhand der Artikel des Glaubensbekenntnisses. Unter dem Titel „Die Feier des christlichen Geheimnisses“ handelt der zweite Teil von den Sakramenten in der Gliederung: Initiationssakramente, Sakramente der Heilung, Sakramente des Dienstes und der Gemeinschaft. Der dritte Teil, betitelt „Leben in Christus“, beginnt mit allgemeinen Ausführungen über die Würde der menschlichen Person, die menschliche Gemeinschaft und das Verständnis von Gnade und Gesetz und geht dann den Zehn Geboten entlang. Der Schlußteil des Katechismus ist

dem christlichen Gebet gewidmet und mündet in eine Auslegung des Vaterunsers. Bei der Vorstellung des Katechismus bezeichnete Kardinal Ratzinger das Werk als ein „nützliches Instrument“, das eine Hilfe beim Bemühen um eine Antwort auf den gegenwärtig vielfach anzutreffenden Hunger nach Wahrheit und Gewißheit sein könne.

ZdK-Vollversammlung verabschiedet Europaerklärung zum Auftakt des 91. Katholikentages

Die diesjährige Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 17. Juni bildete zugleich die Auftaktveranstaltung zum 91. Deutschen Katholikentag. Schwerpunkte waren die Beratung zum aktuellen Stand der Debatte um die Reform des Paragraphen 218, der Rückblick auf die eigene Strategie in dieser Debatte und die Auseinandersetzung mit der CDU-Schelte von Kardinal *Joachim Meisner*, eine Zwischenbilanz des deutsch-deutschen Einigungsprozesses und die damit verbundene Problematik der Vergangenheitsbewältigung. Im Zentrum aber standen Beratung und Verabschiedung einer Erklärung, die den Titel trägt: „Auf dem Weg zu einem neuen Europa“. In dieser greift das ZdK mit seinem Appell tatkräftiger Solidarität für ganz Europa auch die Bedenken auf, die in den vergangenen Monaten die Europa-Debatte in Deutschland wie bei seinen westeuropäischen Nachbarn bestimmten. Während die Erklärung die forcierte Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion und eine Gemeinschaftspolitik vor allem auf der Ebene der Außen- und Sicherheitspolitik vorbehaltlos unterstützt, fordert sie zugleich, die Prinzipien der *Solidarität* und der *Subsidiarität* konsequenter anzuwenden und dezentralen Entscheidungsstrukturen, die der kulturellen Vielfalt und der Eigenständigkeit der Völker und Regionen Rechnung tragen, mehr Raum zu geben. Ebenso gelte es die Defizite beim wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich aufzuarbeiten, vor allem aber müßten durch

gezielte Information Ängste und Vorbehalte bei den Bürgern verstärkt angegangen werden. Die Erklärung stellt fest, die Struktur der Europäischen Gemeinschaft sei zur Zeit nicht für alle Länder Europas geeignet, es müsse auch weiterhin die Möglichkeit unterschiedlicher Formen der Zusammenarbeit in Europa geben. Grundsätzlich dürften für den Aufbau eines großen gemeinsamen Europa nie Prinzipien wie die Achtung der Menschenwürde, die Gleichheit der Geschlechter, der Schutz der Familie, gerechte Einkommensverteilung und die Toleranz für Anderes in den Hintergrund treten. Die der ganzen Erklärung zugrundeliegende Forderung lautet, die Völker des Kontinentes sollten stärker in den Dimensionen des *gesamteuropäischen Gemeinwohls* denken.

Die Schweizer Bischöfe sind von ihrem Ad-limina-Besuch zufrieden und ermutigt in ihre Bistümer zurückgekehrt

Auf der an ihren Rombesuch anschließenden Pressekonferenz in Bern erklärten Bischof *Pierre Mamie* (Lausanne, Genf und Freiburg) als Präsident und Bischof *Otmar Mäder* (St. Gallen) als Vizepräsident der Bischofskonferenz am 13. Juli übereinstimmend, sie hätten in Rom nicht nur bei Papst Johannes Paul II., sondern auch bei vielen Verantwortlichen der Kurie für ihre Anliegen eine große Aufmerksamkeit und viel Verständnis gefunden; auch habe die Kurie weder mit Vorwürfen aufgewartet noch Einschränkungen auferlegen wollen, sondern sei – gut informiert – mit der Bischofskonferenz in ein gutes Gespräch gekommen. In bezug auf die Schwierigkeiten im Bistum Chur sei man in den letzten Wochen auch in Rom nicht untätig geblieben, nur könne darüber noch nicht informiert werden. Immerhin konnte von der Bischofskonferenz aus bestätigt werden, daß diesbezügliche Äußerungen von Erzbischof *Karl-Josef Rauber*, dem seinerzeitigen Päpstlichen Delegierten (HK, Oktober 1991, 487), von großer Tragweite seien, namentlich sein Vorschlag, für den Kanton Zürich einen *Apostolischen Administrator* zu ernennen und zur Person eine breite Konsultation durchzuführen. Die Grundhaltung Roms in dieser noch ungelösten Frage scheint zu sein, Bischof *Wolfgang Haas* noch eine Chance zu geben, weil ihm nur Mangel an Akzeptanz, nicht aber Amtspflichtverletzung vorgeworfen werden kann. Andererseits scheint die römische Unterstützung von Entscheiden des Churer Bischofs nicht zu bedeuten, daß ein gegenteiliger Entscheid der anderen Bischöfe mißbilligt würde. Rom scheint bei Alternativen beide Seiten gewähren zu lassen und auf Gemeinsamkeit der Pastoral in den deutschschweizerischen Bistümern nicht besonders zu drängen. Eine weitere Sorge der Schweizer Bischöfe war das Bild, das man sich in der Römischen Kurie von den kirchlichen Verhältnissen in der Schweiz macht. In seiner Ansprache beklagte sich Bischof Mamie beim Papst denn auch über jene, die sich Zeit nehmen, „um uns anzuschwärzen“. Johannes Paul II. seinerseits beschränkte sich in seiner Ansprache an die Schweizer Bischöfe weitgehend auf grundsätzliche

und allgemeine Überlegungen, sprach aber fast alle Artikel der Glaubenslehre an. Etwas konkreter waren seine Überlegungen zu den schweizerischen Staatsmaximen Neutralität und Solidarität. Im Zusammenhang damit würdigte er namentlich den Konsens, „wenn nötig unter Anwendung des Kompromisses“, weil sich das Bemühen darum von der Achtung vor dem anderen leiten lasse. Die lehrmäßigen Themen sprach der Papst unter dem Gesichtspunkt der Sendung der Kirche an, die sich durch die „vielfältigen Aspekte ihres Lebens und ihrer Aktion“ erfülle.

Kirchliche Organisationen kritisieren die Haltung des Weltwirtschaftsgipfels gegenüber den Entwicklungsländern

Deutliche Kritik an dem vom 6. bis 8. Juli abgehaltenen Weltwirtschaftsgipfel übten die Vertreter der Hilfswerke Misereor und Missio, der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe und der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ im Blick auf die abschließende „Politische Erklärung“ der sieben führenden Industrienationen. Das Treffen sei weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die bestehende ungerechte Weltwirtschaftsordnung werde *fortgeschrieben* und die in der Erklärung proklamierte „neue Partnerschaft“ schließe die Länder des Südens weiterhin aus. Enttäuschend sei vor allem, daß keine konkreten Beschlüsse zur *Schuldenfrage* gefaßt worden seien: weder der dringend erforderliche Schuldenerlaß für die ärmsten Entwicklungsländer noch eine Schuldenerleichterung für Länder mit mittlerem Einkommensniveau. Kritisiert wird auch, daß die Erklärung der Industrienationen mit ihrer ohnehin nur vage gehaltenen Zusage von Unterstützung und Hilfe für die Entwicklungsländer weiterhin am Konzept der „nachholenden Entwicklung“ festhalte, das sich insbesondere in ökologischer Hinsicht als nicht tragfähig erwiesen habe. Die Erklärung bleibe damit auch hinter den Vereinbarungen der internationalen *Umweltkonferenz in Rio de Janeiro* zurück. Dabei hatte die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ in einer vor dem Gipfel veröffentlichten Erklärung die Hoffnung geäußert, der Wirtschaftsgipfel könne zu einem deutlichen Zeichen dafür werden, daß sich die reichen Staaten ihrer weltweiten Verantwortung bewußt seien. In dieser Erklärung mit dem Titel „Solidarität ist unteilbar“ hatten die Kirchen unter anderem die Industrienationen zum Abbau ihres Protektionismus und der Ausfuhrsubventionen zugunsten einer verbesserten Beteiligung der Entwicklungsländer am Weltmarkt aufgefordert und betont, in den Staaten des Nordens sei eine entschiedene Politik der Strukturanpassung erforderlich, die die südlichen Länder stärker berücksichtige. Eine gerechte Wirtschaftsordnung mache jedoch vor allem einen Wandel des Lebensstils in den reichen Industriestaaten erforderlich. Zur Lösung der Schuldenproblematik hatten die Kirchen sowohl die Reduzierung der Schulden als auch eine Umwandlung des Schuldendienstes in Mittel zur Umwelterhaltung und Entwicklung vorgeschlagen.

Studienprogramm des gemeinsamen Ausschusses von KEK und CCEE zur Berücksichtigung des Islam in den Disziplinen der christlichen Theologie

Der gemeinsame Ausschuss „Islam in Europa“ des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hat in einem jüngst veröffentlichten Dokument mit dem Titel „Die Präsenz der Muslime in Europa und die theologische Ausbildung der kirchlichen Mitarbeiter“ ein Studienprogramm skizziert, das sich um die stärkere Konzentration der christlich-theologischen Ausbildung auf die Kenntnis des Islam und die Befähigung zum Dialog mit Muslimen bemüht. Künftige Priester, Pastoren, Religionslehrer und andere kirchliche Mitarbeiter sollen so bereits in ihrer Ausbildung mit den Herausforderungen der Verkündigung und der Pastoral in einer multireligiösen Gesellschaft konfrontiert werden. Grundsätzlich folgen die Autoren des Studienprogrammes einem Grundkonzept,

das in der Vertiefung der eigenen Glaubensidentität, der besseren Kenntnis der eigenen Quellen und der exakten Reflexion des eigenen wissenschaftlichen Systems den Zugang und das Verständnis für die vom Islam an das Christentum herangetragenen Fragen finden will. Für jede der theologischen Disziplinen werden in dem Studienprogramm die spezifischen Fragen, die der Islam an deren Methoden, Erkenntnisse und Erkenntnisgegenstände stellt, aufgelistet und Konfliktfelder oder Anknüpfungspunkte für die weitere Auseinandersetzung gezeigt. Dabei soll die Sensibilität dafür geschult werden, welche Aussagen der eigenen Religion als provozierend empfunden werden, wo allgemein religiöse Grunderfahrungen, gemeinsame Quellen oder traditionelle Überschneidungen als Basis des Dialogs gelten können. Verstärkte Aufmerksamkeit gilt dabei auch der Unterscheidung von Ebenen (Offenbarung, religiöse Tradition, kulturelle Barrieren, historische Konflikte), auf denen Divergenzen zwischen Christentum und Islam ausgetragen werden.

Bücher

RALF DAHRENDORF, **Der moderne soziale Konflikt**. Essay zur Politik der Freiheit, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1992, 328 S. 44,- DM.

„Wie soll der Radikalliberale, der nicht an Systemveränderung und Revolution glaubt, aber doch mehr will, als das Staatsschiff auf dem grenzenlosen Ozean der Geschichte über Wasser zu halten, an politisches Handeln herangehen?“ In einem Zwischenresümee (S. 260) nennt Dahrendorf diese Frage als Leitmotiv seines faszinierenden Essays, den er selbst als die Summe seiner Sozialwissenschaft bezeichnet. Schon die Wahl dieses Genres, einer versuchenden und „entwerfenden“ Skizze, macht diese Diagnose unserer Zeit, in die die Theorien und Ergebnisse der Soziologie der letzten Jahrzehnte fast spielerisch einfließen, zum Lesevergnügen. Nicht Systemveränderung, nicht Revolution: Seinen Rückblick auf das Zusammenleben in einem „mörderischen Jahrhundert“, seine Ortsbestimmung der Gegenwart nimmt Dahrendorf unter der bekannten Grundthese vor, der moderne soziale Konflikt sei ein Antagonismus von Anrecht und Angebot, von Politik und Ökonomie, von Bürgerrechten und Wirtschaftswachstum. Die Untiefen, über die das Schiff heute zu steuern ist, sind demnach drei an der Zahl: Die Expansion der *Bürokratie*, die die sozialen Reformen des „sozialdemokratischen Jahrhunderts“ mit sich gebracht habe, gefährde individuelles, innovatives, freiheitliches Handeln (der Autor greift das alte Weber-Thema auf). Die *Anomie*, in der heute der moderne soziale Konflikt erscheine, jene Aufhebung der Wirksamkeit sozialer Normen durch wirtschaftliche und politische Krisen, die Auflösung kultureller Bindungen habe in ihrer konkreten

Ausprägung zu rechtsfreien Räumen geführt, in denen Normenverstöße nicht mehr geahndet würden. Der doppelte *Protektionismus* der Mehrheitsklasse, der sich nach innen gegenüber dem Schicksal der Unterklasse und nach außen – in der Reaktivierung der Vorstellung homogener Nationalstaatlichkeit – gegen die Migrationsströme abschotte. Die Notwendigkeit, Möglichkeit und Richtung politischen Handelns entfaltet Dahrendorf in der „liberalen Agenda“ einer radikalliberalen Partei der Zukunft: gegen hemmenden Bürokratismus, für die Einhaltung und Durchsetzung von Normen und die solidarische Umverteilung von Arbeit auf dem Weg von einer offenen zur Weltbürgergesellschaft. Schon der gelegentlich provozierend distanzierte Ton einer betont unaufgeregten Analyse, unterbrochen von engagierten Plädoyers, die hohe Plausibilität, die Zustimmung fordert, offene Fragen und Zuspitzungen lassen das Lesen dieses politischen Essays zum Dialog werden. A. F.

KARL-JOSEF KUSCHEL, **„Vielleicht hält Gott sich einige Dichter...“**. Literarisch-theologische Porträts. Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1991, 416 S. Kt. 42,- DM.

Keine leichte Kost bietet dieses Buch. Doch seine Lektüre gerät ebenso spannend wie lehrreich. Die relativ selbständigen, in sich abgeschlossenen Kapitel werden zusammengehalten von der Frage nach dem fruchtbaren Spannungsverhältnis von Religion und Literatur. Ein einleitender Essay zu diesem leitmotivischen Thema führt